

zuvor
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Post. Abt. Jäsch, Hoflieferant,
Dr. Gerber u. Breitkopf - Ede,
Otto Steckel, in Firma
J. Henmann, Wilhelmplatz 2.

Berantwortliche Redakteure:
F. Nachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Polen.

Nr. 161

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an den Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganzen Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Sonnabend, 4. März.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unserer
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Erschließungen
Post. Post. Hakenstein & Vogel &c.
J. Dohle & Co. Juvalen.

Berantwortlich für den
Inseratenheft:
J. Klugkist
in Posen.

1893

Inserats, die schlagende Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an den vorher
Stelle entsprechend höher, werden in der Erstausgabe für die
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Deutscher Reichstag.

57. Sitzung vom 3. März, 1 Uhr.

Die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats für 1893/94 wird beim Etat der Reichspost und Telegraphenverwaltung fortgesetzt.

Der Referent der Budgetkommission, Abg. Dr. Buhl empfiehlt folgende Resolution: den Reichskanzler zu erufen, die Ausdehnung des Systems der Dienstalterstufen auf die Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung ohne Schädigung derselben in ihren Bezügen wiederholt in Erwägung zu ziehen.

Die Beratung beginnt bei dem Titel der dauernden Ausgaben: der Staatssekretär 24 000 M.

Abg. Schmidt-Elberfeld (dfr.) befürwortet eine Erhöhung des Maximal-Gewichts der einfachen Briefe von 15 auf 20 Gramm nach österreichischem und englischem Muster.

Staatssekretär v. Stephan erwähnt, daß die Erhöhung des Gewichts einen Ausfall von jährlich etwa 5 Millionen Mark ergeben werde. (Hört! hört!) Zur Zeit würden jährlich 545 Millionen Briefe unter 15 und nur 50% Millionen über 15 Gramm befördert. Der Satz von 15 Gramm sei übrigens für den Weltpostverein verabredet. Die derzeitige Finanzlage des Reichs werde einen Ausfall von 5 Millionen kaum gestatten; er werde aber die Sache im Auge behalten.

Auf eine Anregung des Abg. Adt (nl.) erwähnt Geh. Oberpostdirektor Scheffler, daß zur Zeit eine Herabsetzung der Telegraphengebühren nicht möglich sei.

Abg. Vollrath (freis.) kritisiert den Fiskalismus der Reichspostverwaltung. Abgesehen von der neuzeitlichen Kabelverbindung mit Kamerun, die es ermöglicht, die Südostposten von dort früher zu erfahrener (Heiterkeit), herrsche in der Postverwaltung Stagnation. In einem Artikel der Verkehrszeitung werde behauptet, daß es die Postverwaltung als ihre Hauptaufgabe betrachte, möglichst große Überflüsse an die Reichsposten abzufüllen. Diese würden hauptsächlich erreicht durch die geringe Entschädigung, welche die Postverwaltung für den Eisenbahntransport der Postsendungen zahle, sowie durch schlechte Bezahlung der unteren Postbeamten. Letztere bildeten ein großes, wegen schlechter Behandlung und geringer Bezahlung unzufriedenes Proletarier-Heer. Durch die Schaffung der Postassistenten habe man nur die Arbeit der Postsekretäre auf die Schultern von Beamten abgewälzt, die weder in Gehalt noch in der Behandlung den Sekretären gleichgestellt seien. Redner verbreitete sich des Weiteren eingehend über die Maßregelungen und Bevor- mündungen, welchen die Mitglieder des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenassistenten ausgesetzt seien, wobei er zahlreiche Einzelfälle anführt und entschieden für die Postassistenten eintritt. Schließlich kritisiert er die Cholera-Kollekte, welche unter den Postbeamten für die Opfer der Hamburger Cholera-Epidemie, soweit sie den Postkreisen angehörten, veranstaltet worden ist, während doch die Postverwaltung die moralisch-rechtliche Verpflichtung zur Fürsorge gehabt habe. In der gesammten Presse habe dieses Verhalten der Postverwaltung einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Nicht weniger denn 48 000 Mark seien auf diese Weise den armen unteren Postbeamten freiwillig abgenommen worden. (Heiterkeit.) Abänderung der unerträglichen Zustände in der Postverwaltung sei dringend geboten. Die Krone der im Reichspostamt betriebenen Sozialpolitik bestünde darin, daß man den ärmeren Unterbeamten in Berlin nur 240 Mark jährlichen Wohnungsgeldzuschuß bewillige, während der Staatssekretär eine Vergrößerung seiner Dienstwohnung beantragt, obgleich dieselbe bei der letzten gesellschaftlichen Veranstaltung über 500 Personen gefasst hat. Redner schließt mit der Hoffnung, daß bald eine Änderung in der jetzigen Organisation der Postverwaltung eintreten werde. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Der Herr Vorredner ist unter Berufung auf verschiedene Zeitungsausschüsse der Postverwaltung scharf entgegengetreten und hat ihr allerlei unberechtigte Vorwürfe gemacht, die ich Satz für Satz als unrichtig widerlegen könnte, die aber schon durch das Ansehen, welches die Reichspostverwaltung im In- und Auslande genießt, widerlegt werden. Ich kann auf Reden, wie sie der Vorredner gehalten, im Allgemeinen wenig geben (Unruhe links), da ihre Lebhaftigkeiten auf der Hand liegen. Wie kann z. B. der Vorredner von Stagnation sprechen, Angesichts des riesigen pünktlichen Verkehrs der Post und Angesichts der vielen Verbesserungen, welche die Post alljährlich aus eigener Initiative treffe? Ich kann anerkennen, daß die große Mehrzahl der Postassistenten pflichttreue, gewandte Beamte sind, an denen ich meine Freude habe; aber eine Minderheit läßt sich versöhnen, trotzdem wir Ihnen den Rath ertheilt, sich von dem Agitationsverband fernzuhalten. Mit dem Assistentenverband gebe es bergab, er steht vor dem finanziellen Zusammenbruch, wie schon aus den wiederholten Aufrufforderungen der Verbandszeitung hervorgeht, die Beiträge einzuscheiden, damit das Defizit gedeckt werden könne. Der Verband habe 25 000 M. Verwaltungskosten gebraucht; eine enorme Summe. Der Vorredner schädigt das Ansehen der Beamten, wenn er sie „Proletarier“ nennt, und sie so als Hungerleider hinstellt (Gutstimme rechts!), er wird nicht beweisen können, daß wir nicht alles das erfüllt, was wir im Reglement versprochen haben. Unrichtig ist es, daß die Beamten ohne Kündigung entlassen werden können, unrichtig, daß sie erst im späteren Alter fest angeftellt werden. Die bisherige Organisation hat sich bewährt und wir haben keinen Anlaß, sie zu ändern; am wenigsten werden wir uns durch die Agitation zu einer Änderung bewegen lassen. (Beifall rechts.) Redner verliest Stellen aus einem Brief eines Verbands-Postassistenten an einen Kollegen, „der in unsere Hände gerathen ist“ und in dem der Briefschreiber erklärt, daß er sich recht gut amüsiere; daß Janne des Sußs und der läuderlichen Liebe werde hoch gehalten. Daran knüpft er die Frage: Was macht Deine kleine Flamme? (Heiterkeit.) Da sehe man, wohin die Mitglieder des Verbandes steuerten. Selbst das freifinnige Berliner Tageblatt — fährt Redner fort — hat unsere Verwaltung gelobt und namentlich unsere Wohlfahrtseinrichtungen anerkannt. Und in dem Urtheil der Strafkammer eines Landgerichts in einem Prozeß wegen Beleidigung der Reichspost wird vom Gericht ausgeführt, daß die Postverwaltung, speziell der Staatssekretär

v. Stephan, in ausgiebigster Weise für das Wohl seiner Beamten sorgt. Erst im vorigen Jahre seien zu dem Poststatat 11 Millionen Gehaltszulagen für die Beamten eingestellt worden, wovon die Postassistenten den Löwenanteil erhalten würden. Jahre lang habe er Beleidigungen und Verleumdungen in der Presse ignoriert und keine Strafanträge gestellt trotz wiederholter Erinnerungen der Staatsanwaltschaft und des Justizministers. Ich habe die Zuladung jedesmal abgelehnt, bis die Assistentenverbandsgeschichte auskam (Heiterkeit) und die Angriffe immer dreister und frecher wurden. Persönlich können mich die Leute allerdings nicht beleidigen (Gutstimme rechts), aber der Sache und dem Amte bin ich es schuldig, gegen derartige Dinge einzuschreiten. Die betreffenden Zeitungs-Redakteure, gegen die ich Strafantrag gestellt, haben sich dann auch im höchsten Maße gewundert, daß ich, der sonst Alles ruhig hingenommen, jetzt mit Strafanträgen vorgegangen bin. Ich hasche nicht nach Popularität; ich thue lediglich meine Pflicht im Interesse des Vaterlandes. (Beifall rechts.) Die Popularität ist überhaupt eine zweideutige Geschichte. Mir würde es beispielweise sehr bedenklich vorkommen, wenn ich beim Herrn Abgeordneten Vollrath populär wäre. (Heiterkeit und Bravo rechts.) Mir ist es lieber, von ihm angegriffen, als von ihm gelobt zu werden. (Beifall rechts.) Nur die freifinnigen und sozialdemokratischen Blätter greifen meine Verwaltung an und tabulen mein Vorgeben gegen den Assistenten-Verband. Wenn aber die Herren den Erholungsurlaub, den ich jetzt eingeführt, zu Agitationen benutzen, dann ist ein entschiedenes Einschreiten nothwendig. Schon das Disziplinarrecht und das Reichsbeamtengebot zwingen uns dazu, und wenn wir weiter sehen, wie die Leute durch den Verband nur in Schulden gestürzt werden, dann ist ein Einschreiten um so mehr geboten. Der Redner vertheidigt des Weiteren die Postverschärfkasse, welche zahllose Beamte den Händen der Bucherer entzogen; er hebt weiter hervor, daß 30 Millionen zu extraordinaire Unterstützungen aus dem Wohlthätigkeits-Fonds gezahlt werden seien. (Hört, hört! rechts.) Der Post-Assistenten-Verband habe keine Freunde und Sympathien unter den anderen Beamten, im Gegenteil, die Eintracht sei in dem Verband selbst zum Theil gelöst und der größte Theil der sonst vorzüglichen Klasse der Postassistenten bleibe dem Verband fern. Trotz der trüben Erfahrungen, welche die Postverwaltung mit diesem Verbande gemacht, werde sie der Klasse der Postassistenten dennoch weiterhin ihr Wohlwollen schenken. Man möge sich aber auch gesagt sein lassen, daß unter allen Umständen die nothwendige Disziplin aufrecht erhalten werde. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Dingens: Der Wahrheit die Ehre! Auch ich bin, weil ich immer für die Sonntagsruhe eingetreten bin, mit Briefen, Wünschen und Beschwerden aus Postbeamtenkreisen bedacht worden, aber ich habe zu viel geglaubt und bin allmählich dazu gekommen, immer weniger zu glauben, und habe schließlich bei der Verwaltung selbst mich erstandigt und mich durch Einsicht in die Aktion überzeugt, daß in den meisten Fällen ganz korrekt versfahren war. Ich habe auch den Assistentenverein entstehen sehen und seine Zusendungen gelesen, aber nichts finden können, was mich erwärmte hätte. Ich verlange von jungen Leuten, die sich organisieren, ein Ideal, aber ich habe von einem Ideal nichts bemerkt. Wirtschaftliche Interessen ja, aber davon, daß sie für Stütlichkeit, oder was noch höher ist, für Förderung der Religion Interesse gezeigt hätten, davon habe ich nichts gefunden, und da bin ich mehr und mehr überzeugt worden, daß der Verband keine Förderung verdient. Die bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen genügen vollständig. Ich möchte aber den Herrn Staatssekretär bitten, mit Nachdruck zu verfahren, wenn die Enttäuschten zurückkommen sollten. Das wäre die schönste Revanche für die erduldeten Angriffe. In der Frage der Sonntagsruhe dankt Redner für das bisher von der Zentralverwaltung Angeordnete, wünscht aber, daß den Oberpostdirektionen möglichste Einhaltung der Sonntagsruhe aufgegebe werden. In Berlin seien die Briefträger und Pakettträger Sonntag noch immer zu sehr überlastet.

Staatssekretär Dr. v. Stephan dankt dem Vorredner für den ersten Theil seiner Ausführungen. Wenn ein so überzeugungstreues, altes und bewährtes Mitglied des Parlaments zu der Überzeugung gelange, daß die jetzige Bewegung unter den Postbeamten eine schlechte sei, so sei das mit Freuden zu begrüßen. Es könne auch in Aussicht stellen, daß die Irregeleiteten, wenn sie reumüthig zurückkehren, mit Wohlwollen würden aufgenommen werden, nach dem Spruch: Es wird mehr Freude sein über einen bußfertigen Sünder als über tauend Gerechte! (Beifall.) In der Sonntagsruhe habe er die vom Vorredner verlangten Verfassungen an die Oberpostdirektionen erlassen und zugleich Berichterstattung angeordnet. Er werde immer dafür eintreten, daß den Postbeamten die Sonntagsruhe im weitesten Maße zu Theil werde.

Abg. von der Schulenburg-Beeckendorf (konf.) dankt dem Staatssekretär für die energische Aufrechterhaltung der Disziplin in dem großen Postbetrieb und befürwortet Aufbesserung der Beziehungen der Landsträger und Postfahrer der Postgebühr für Telegramme auf dem Lande.

Abg. Dr. Fischer sichert Erwähnung der Wünsche des Vorredners zu, doch werde die Finanzlage die Erfüllung zur Zeit kaum gestatten.

Ein vom Abg. Stadthagen (Soz.) gestellter Vertagungsantrag wird trotz der vorgerückten Zeit (1/2 Uhr) gegen Freifinnige und Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Wurm (Soziald.) bedauert, in so später Stunde noch den Standpunkt seiner Partei darlegen zu müssen. Er verbreitete sich dann über die Abhängigkeit der Postbeamten, über ihre schlechte Bezahlung und über die Verkümmерung des Koalitions- und Beitragsrechts. Die dritte Abteilung im Reichspostamt gleicht der berüchtigten dritten Abteilung in der russischen Zentralverwaltung und Staatssekretär von Stephan habe absolutistische Gelüste. Redner zieht sich des Weiteren einen Dr. Dunning auf des Präsidenten zu, als er bemerkt, die Beamten verläßt mit dem Dienst des modernen Staates einen Thell ihrer bürgerlichen Ehrenrechte.

Hierauf wird die Debatte auf morgen 1 Uhr vertagt.

Schlus 5 Uhr 35 Minuten.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom 3. März, 11 Uhr.
Die Staatsberatung wird beim Etat der Berg-, Hütt- und Salinenverwaltung fortgelebt.

Bei den Einnahmen bemerkt

Abg. Schulz-Voßkum (nl.): Der Niedergang der Einnahmen deutet auf einen Niedergang zweier großer Gewerbe, insbesondere des Bergbaus. Die ungünstige Verziehung der Einnahmen tritt ganz besonders in dem Sinne der Kohlen- und Kokspreise an der Saar hervor. Der Preis für Koks, der 1890/91 auf 20 M. stand, ist für 1893/94 auf 13 M. veranschlagt. Von den Einnahmen fallen 43 Prozent weg. Aber auch aus den Minderausgaben für Löhne, Betriebsmaterial u. s. w. fallen düstere Schatten auf die Zukunft des Bergbaus. Die Förderung ist in der Zeit von 1888–91 auf den Kopf um 7–14 Prozent gesunken. Überall ist die Arbeitsleistung zurückgegangen. Daraus kann man schließen, welche Folgen für den nationalen Wohlstand es nach sich ziehen würde, wenn die im letzten Streit so lebhafte erhobene Forderung nach Kürzung der Arbeitszeit erfüllt werden sollte. Nimmt man hinzu, daß die Arbeitslöhne sich stetig gesteigert haben, so würde man, wenn die übertriebenen Forderungen auf 4,50 Mark pro Schicht erfüllt werden, eine der wichtigsten Einnahmequellen des Staates gefährden und die wirtschaftliche Haupthandlager des Staates unterbinden. Es ist die Pflicht aller Wohlmeinenden, den Verführern entgegen zu treten, die Verführten zu belehren. Dazu sind die Fachschulen sehr geeignet, und sie werden ihre Aufgabe erfüllen, zumal ja jetzt der Besuch der Fortbildungsschulen für jugendliche Arbeiter vorgesehen ist. Hoffentlich wird es uns gelingen, dem Bergbau über alle Gefahren hinwegzuholzen.

Abg. Voepelius (rl.): Noch in den siebziger Jahren war das Verhältnis zwischen den Bergwerksunternehmern und den Arbeitern ein gutes, und es gelang den Sozialdemokraten nicht, die Bergleute für sich zu gewinnen. Die Unternehmer thaten sich zusammen, um den sozialdemokratischen Agitationen entgegenzutreten, indem sie beschlossen, keinen Arbeiter aufzunehmen, der sich an sozialdemokratischen Agitationen direkt oder indirekt beteiligte. Die königl. Berg- und Eisenbahnverwaltung schloß sich diesem Verbande an, trat aber nach Emanation des Sozialistengesetzes zurück. Die Unternehmer blieben aber bei dieser Verabredung, und das hat segensreich gewirkt. Ich möchte den Minister bitten, die Stellung der Regierung zu dem Rechtsschutzverein des Saarreviers mitzutheilen.

Minister Frhr. v. Berlepsch: Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie den Austritt ihrer Arbeiter aus dem Rechtsschutzverein verlangt, dessen Leute sich angelegen sein lassen, das Unternehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tören und Beamte zu beleidigen. Die Regierung hat ihre Haltung gegenüber den sozialdemokratischen Bestrebungen nicht verändert. Nach wie vor nimmt sie Arbeiter nicht auf, die sich an sozialdemokratischen Agitationen schuldig machen. Das Vorgehen gegen den Rechtsschutzverein ist eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips. Die Leute sind aus dem Verbande der staatlichen Arbeiter entlassen worden. Eine Auflösung des Vereins würde durch das Verbot an die Arbeiter, dem Verein anzugehören, nicht stattfinden. Die Arbeiter würden ihm entweder weiter im Geheimen angehören oder einen neuen Verein mit ebenso scheinbar harmlosen Statuten gründen, und das alte Verhältnis würde fortbestehen. Mit Unrecht macht man auch der Regierung den Vorwurf, daß die fiskalischen Arbeiter sich an sozialdemokratischen Agitationen beteiligen. Es handelt sich hier nicht um fiskalische Arbeiter und Arbeiter bei Privatunternehmern, sondern um Berg- und Hüttarbeiter. Die Bergarbeiter haben gestreikt, die Hüttarbeiter nicht. Der Staat hat aber fast nur Bergarbeiter. Die Staatsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie den Arbeiter nicht auf sein politisches Glaubensbekenntnis untersucht, daß sie aber den Arbeiter, wenn er sozialdemokratisch agitiert, entlässt.

Abg. Imwalle (Btr.): Als das Kohlensyndikat zur Sprache gebracht wurde, erhielten wir die Antwort von nationalliberalen Rednern, daß man erst die Wirkung abwarten solle. Das Kohlensyndikat will die Förderung und den Preis regeln. Es unterbindet also auch eine Haupthandlager des wirtschaftlichen Lebens. Das Kotesyndikat verkauft den Kokes nach dem Auslande billiger als nach dem Inlande. Ein gleiches Verfahren haben wir vom Kohlensyndikat zu erwarten. Das Syndikat hat die Bestimmung angenommen, daß man den konkurrierenden Zechen gegenüber in dem Preise berücksichtigen kann. Das heißt nichts anderes, als daß man die Zechen, die nicht betreten, ruinieren will. (Hört, hört!) Die Macht des Syndikats ist schon jetzt eine sehr große, es vereinigt 97 Prozent der gesamten Kohlenförderung im Betrage von 37 Millionen Tonnen. Ich bitte den Minister, ebenso wie früher gegen ähnliche Bestrebungen gegen dieses Syndikat Stellung zu nehmen.

Abg. Schmieding (nl.): Die Saarbrüder Bergwerksverwaltung beherrscht weit mehr die Preise und die Produktion, als es das Kohlensyndikat thun wird. In Saarbrücken waren die Preise früher sogar um 25 Prozent höher als in Westfalen. Die Herren Brömel und Imwalle nehmen immer das Interesse der Konkurrenten in Anspruch. Sie vergessen, daß die Interessen der Produzenten und Konkurrenten sich ausgleichen. Ja, es ist dem Eisenbahnminister sogar nahe gelegt worden, bei dem Syndikat nicht zu laufen. Man bezeichnet das Syndikat als einen Ring. Das ist nicht wahr. Das Syndikat will nicht das Publikum ausbeuten. Ganz im Gegenteil will das Syndikat durch Regelung der Förderung und der Preise den Interessen des Publikums dienen. Wir wollen Kohlenpreise erreichen, die es ermöglichen, dem Arbeiter einen angemessenen Lohn zu zahlen. Billige Kohlenpreise und hohe Löhne sind zwei Bedingungen, die sich nicht vereinigen lassen. Ein jährlicher Wechsel zwischen hohen und niedrigen Preisen ist für die Industrie und für die Arbeiter höchst verderblich. Das Syndikat gibt die Möglichkeit, einen solchen jähren Wechsel zu vermeiden. Es ist behauptet worden, daß die Zechenvereinigung versucht hätte, die Martinerwerbung zu übertheuen. Das konnte gar nicht geschehen, da ja bei der Ausschreibung der Submission das Syndikat noch

nicht bestand. Allerdings ist das Syndikat gegründet in der ausgeschworenen Absicht, höhere Preise zu erzielen, aber das ist auch nothwendig, weil ein Theil der Bechen schon jetzt unter dem Selbstkostenpreise arbeitet. Die Angriffe gegen das Syndikat an sich sind nicht nur verfrüht, sondern auch verfehlt. Nur so weit sie sich gegen die Auswüchse der Syndikatsbildung richten, bin ich damit einverstanden.

Abg. Graf **Kanitz** (kons.): Die Freisinnigen stehen doch sonst auf dem Manchesterstandpunkt. Warum wollen sie jetzt den Bechen das Recht nehmen, sich zusammenzuschließen? Ich habe schon im vorigen Jahre gegen die Auswüchse des Kohlentringes gesprochen. Ob auch dies Syndikat zu solchen Auswüchsen führen wird, wissen wir nicht. Die Frage der Kohlenpreise ist mindestens ebenso wichtig wie die Handelsverträge. Augenblicklich befinden sich die Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt in einer heillosen Verwirrung. Wir haben mit einem Durchschnittspreis von 6 M. zu rechnen. Es fragt sich, ob dieser Preis den Produktionskosten angemessen ist. Der Satz von 7 M. an Produktionskosten pro Tonne im Durchschnitt wird nicht zu hoch gegriffen sein. Die Arbeiterzahl ist gewachsen und die Arbeitslöhne sind gestiegen, der Absatz dagegen ist ins Stocken gerathen. Die Dividenden der Bechen sind selbst dort, wo große Betriebsmittel vorhanden waren, stark heruntergegangen. Die weniger gut gestellten Bechen haben sogar mit Verlust gearbeitet. Solche Verhältnisse muss man sich bei objektiver Prüfung der Sache vor Augen halten. Viele Bechen sind genötigt gewesen, ihre Ueberförderung zu wahren. Schleuderpreisen abzugeben. Die Erfahrungen, welche wir beim Kotsyndikat gemacht haben, lassen allerdings befürchten, daß wir ähnliches auch bei dem neu gebildeten Ring erfahren. Aber bevor wir nicht genau wissen, wie das Syndikat wirken wird, dürfen wir nicht den Stab darüber brechen. Kommt es zu Stande, dann wird jedenfalls den Händlern ein Theil des Kohlengeschäfts genommen werden, und das wäre ein Gewinn. Hoffentlich wird das Kohlensyndikat auch die auf dem Kohlenmarkt herrschende Bewirrung beseitigen. (Beifall rechts.)

Abg. **Brömel** (df.): Graf Kanitz meinte, unsere Stellung zum Kohlensyndikat sei mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar. Er hat meine Rede nicht verstanden. Ich habe nicht nach Staatshilfe gerufen, sondern das Interesse der Konsumenten und vor allem das der Staatsfinanzen vertreten; denn für diese ist die Frage des Kohlensyndikats von großer Wichtigkeit. Eine Erhöhung des Kohlenpreises um nur 50 Pf. würde für den Staat eine Mehrausgabe von 2 Millionen machen. Ich halte auch den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet, gegen das Kohlensyndikat Stellung zu nehmen. Ich befürchte mich da in einer Gesellschaft, die auch Graf Kanitz anerkennt wird, in der des Herrn v. Kardorff, der sich in der „Voss“ in diesem Sinne geäußert hat. Wenn wir nicht rechtzeitig unsere Stimme erheben, dann sind wir verantwortlich für alle Folgen, die aus dieser Vereinigung entspringen. Die Kohlenpreise sind bei drei verschiedenen Werken von 1887 bis 1890 bereits um 147, 122, 157 Prozent gestiegen. Die Herren sagen, das Syndikat sollte nur ausgleichend wirken, nicht die Preise steigern. Herr Schmieding hat ja selbst gesagt, viele Bechen arbeiten jetzt unter dem Selbstkostenpreise. Ja, wenn die Preise nicht in die Höhe getrieben werden, dann müssen diese Bechen auch später unter dem Selbstkostenpreise arbeiten. Wenn die Bechen keinen Gewinn abwerfen, so kann man sie ruhig eingehen lassen, die anderen Bechen werden ihre Produktion entsprechend ausdehnen. Die Preistreigerung kommt auf die Schädigung aller der Industrien hinaus, bei denen Kartelle nicht möglich sind. Dahin gehört z. B. die kleine Eisenindustrie. Das Syndikat hat den Zweck, die Preise seinerseits festzusetzen. (Buruf: Ist doch keine Schande!) Nein, ganz gewiss ist keine Schande, aber der Konsument muss sich gegen Preise wahren, die nicht dem Preise auf dem Weltmarkt entsprechen. Aus den Preistreierungen, welche ein solches Syndikat durchsetzt, folgen neue Forderungen der Arbeiter auf Lohnsteigerung.

Minister Frhr. v. **Verlepsch**: Die bedenklichen Folgen, welche Abg. Brömel befürchtet, können eintreten. Ob sie aber eintreten werden, ist eine Frage, die wir heute noch nicht entscheiden können. Ich thieße die Ansicht, daß diese Syndikatsbildung eines der wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit auf wirtschaftlichem Gebiete ist. Sie kann der Industrie zum großen Schaden, aber auch zu großem Nutzen gereichen. Der Kohlenbergbau mußte nach einem Mittel suchen, um einerseits Preistreibereien, andererseits der Verschleuderung entgegenzutreten und stabile Preise und stabile Lohnverhältnisse herzuführen, sowie eine Arbeiterschaft, die mehr als eine halbe Million beträgt, gut zu stellen. Ein solches Mittel zu finden, war an sich wünschenswerth. Bisher hat aber noch niemand ein anderes Mittel angegeben, um dahin zu gelangen. (Sehr richtig!) Hat das Kohlensyndikat das Streben, die Kohlen auf einem Preise zu erhalten, der eine mäßige Verzinsung des Anlagekapitals gewährt, dann wird man ihm keinen Vorwurf machen können. Andererseits haben wir, seitdem die Eisenbahnen verstaatlicht sind, die Mittel, mehr als in irgend einem andern Lande, der Vereinigung gegebenenfalls entgegenzutreten. Daher werden wir eine bedenkliche Entfaltung der Macht des Syndikats nicht zu fürchten haben. Jedenfalls ist es heute noch nicht angezeigt, irgend welche Schritte gegen dieses Syndikat zu thun. Wir stehen auf dem Standpunkt: abwarten! Entwickelt sich das Syndikat nach der bedenklichen Seite, dann werden wir das Unrechte thun. Außerdem bürgt mir die Qualität der Männer, die an der Spitze des Unternehmens stehen, dafür, daß sie das Vaterland nicht in unnütze Preistreibereien ziehen werden. (Beifall.)

Abg. v. **Eynern** (nl.): Abg. Brömel gibt selbst zu, daß auf dem Kohlenmarkt eine Aenderung eintreten muß. Er weiß aber kein anderes Mittel, als daß die kleinen sterben müssen, damit die Großen leben. Das zeigt mir, daß er vom Bergbau auch nicht die Spur irgend einer blauen Abnung hat. (Heiterkeit) Das Syndikat will einen einheitlichen Preis für die Kohlen festsetzen. Ich freue mich, daß Graf Kanitz dies Unternehmen so objektiv gewürdigt hat. Die Vertreter der Industrie werden das gleiche Entgegenkommen gegenüber landwirtschaftlicher Fragen zeigen. (Hört! hört!) Die Kohlenindustrie ist durch Steuern, Gefälle, soziale Gelehrung außerordentlich belastet. Sie steht also in Bezug auf Konkurrenzsfähigkeit hinter ausländischen Werken zurück. Diesen Verhältnissen hat weder die Marineverwaltung noch die Budgetkommission des Reichstages Rechnung getragen, obwohl es sich dabei nur um eine ganz geringfügige Summe handelt. Außerdem haben die englischen Konkurrenten den Preis allein gemacht, weil bei der letzten Subvention die deutschen Bechen gar nicht mehr zugelassen waren. In keinem Lande kommt es in diesem Maße vor, daß Lieferungen an fremde Länder übertragen werden. Nicht einmal das Gold zur Vergoldung der Kuppel auf dem Reichstagsgebäude ist aus Deutschland. Erst kürzlich hat der Direktionsbezirk Köln rechtsrheinisch 2400 Tonnen Schienen in Belgien bestellt. Der Granit zum Nordostseeflanal ist aus Schweden bezogen worden. Selbst das Musterland des Freihandels, England, gebraucht nur einheimisches Material. Das liegt daran, daß es vom nationalen Gefühl beherrscht wird. Wenn es in England vorgekommen wäre, daß die englische Marine mit deutschen Kohlen gefahren wäre, die Regierung hätte sich vor dem nationalen Unwillen nicht einen Tag halten können. (Beifall.)

Minister Frhr. v. **Verlepsch**: Die Beispiele des Abg. Eynern sind nicht genug Beweis für die schweren Vorwürfe gegen die Regierung. Das Beispiel bezüglich des Nordostseeflaans beweist, wie leicht man in solchen Dingen zu weit gehen kann. Solche Fälle kommen nicht allein in Deutschland vor. Selbst England macht häufige Bestellungen im Solinger Bezirk.

Abg. **Ziwalle** (Btr.) äußert seine Zufriedenheit mit der Erklärung des Ministers, die das Syndikat darauf aufmerksam machen werde, daß sein Verhalten im Lande aufmerksam beobachtet werden würde.

Abg. v. **Ikenplitz** (kons.): wiederholt seine Klagen über den Einfluß, welchen die beiden Firmen Friedländer und Cäsar Wollheim auf den oberösterreichischen Kohlenmarkt haben. Der Minister müsse den Abnehmern den direkten Bezug der Kohle mit Uebergehung der Händler ermöglichen.

Minister Frhr. v. **Verlepsch**: Wenn die Verhältnisse in Österreich noch nicht verbessert haben, so liegt die Schuld nicht an der Verwaltung, sondern an dem laufenden Publikum, das bei den Händlern bequemer kaufst. Wir machen alljährlich bekannt, daß jeder, der seinen Bedarf bei der Grube angebe, unter bestimmten Zahlungsbedingungen direkt beziehen könne. In Bezug auf die Zahlungsbedingungen haben wir stets mit Schwierigkeiten zu kämpfen. So hat auch die landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft ein ganz bedeutendes Quantum bestellt, um sich den Rabatt zu sichern. Heute, wo wir kurz vor dem Jahresabschluß stehen, ist noch nicht die Hälfte abgenommen. Es ist nicht ein Wort davon richtig, daß die beiden Firmen die ganze Förderung der fiskalischen Gruben in der Hand haben. Noch nicht ein Zehnte ist in ihrer Hand. Die Kohlengruben haben sich auch über das Geschäft gebahnt, dieser Firmen nicht zu beschlagen. Der Absatz der oberösterreichischen Kohlen nach den Balkanländern ist hauptsächlich durch diese Firmen möglich geworden.

Abg. Dr. **Hammacher** (nl.): weist darauf hin, daß die Männer, welche an der Spitze des Syndikats stehen, die Garantie bieten, daß kein Missbrauch getrieben wird.

Abg. Dr. **Meyer** (drf.): Das nationale Interesse gebietet dem Staat, daß er seine Mittel zusammenhält und sie nur ausgiebt für gute und billige Lieferungen. Eine gesunde Industrie hat keinen Schutz zoll nötig. Gerade unsere leistungsfähigsten Industriezweige sind durch den Schutz zoll geschädigt. Mit dem Kauf der Marineverwaltung hat sich die Kommission fast einstimmig einverstanden erklärt. Herr von Eynern hat auch den Bezug des Granits aus Schweden statt vom Fichtelgebirge berührt. Diese Frage ist im Reichstag von einem Abgeordneten berührt worden, zu dessen Wahlkreis das Fichtelgebirge gehört. Das ist ihm einigermaßen als mißlicher Umstand angerechnet worden. (Heiterkeit). Herr v. Eynern hatte gar keinen Grund, das zur Sprache zu bringen. Jedenfalls ist dabei eine ganz bedeutende Summe gespart worden. Abg. v. Ikenplitz hat die beiden oberösterreichischen Firmen zur Sprache gebracht. Diese Firmen ist keine Konzession gemacht worden. Wenn das der Fall wäre, würde ich selbst den Minister bitten, gegen sie vorzugehen.

Abg. **Stökel** (Btr.): betont dem Abg. Bopelius gegenüber, daß die Sozialdemokratie nicht mit Gewalt bekämpft werden könne. Man hätte gut gethan, wenn man sozialdemokratische Agitatoren überhaupt nicht gemäßigt hätte. Sie richten, sobald sie aus dem Bergarbeiterstande ausgegliedert und Flaschenbierverkäufer u. s. w. geworden sind, viel mehr Unheil an als sie es früher konnten. Daß die Bergarbeiter höhern Lohn verlangen, liegt daran, daß ihre Arbeit schwerer ist als die der Industriearbeiter und daß sie selbst verhältnismäßig früh aufgebraucht werden. Ich wünsche, daß ihr Lohn nie unter 4 Mark sinken möchte.

Die Berathung wird nunmehr auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Schluss 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 3. März. Im Abgeordnetenhaus hatten heute, beim Bergwerkssetat, die Redner aus dem Westen das Wort. Man kann nicht sagen, daß die Unterhaltung über das Kohlensyndikat etwas Besonderes ergeben hätte. Die wichtigste aller Reden, die des Handelsministers, war so vorsichtig verlausulirt, daß die Mitglieder des Syndikats von dieser Seite her schwerlich etwas zu besorgen haben werden. Frhr. v. Verlepsch will „abwarten“, wie das Syndikat wirken wird; er steht der Vereinbarung nicht unsympathisch gegenüber, und er vertraut auf den nationalen Sinn der Bechenverwaltung, die ihre Macht nicht zu Preistreibereien ausbeuten werden. Auf diesen Ton war auch im wesentlichen die Rede des Grafen Kanitz gestimmt. Es läßt sich ja nichts dagegen sagen, und Hoffnungen brauchen nicht schädlich zu sein. So mag man denn wirklich abwarten, wie die Vereinigung der Kohlengruben im Ruhrgebiet wirken wird, und Einiges Wahre ist schon daran, daß die Konkurrenz wie auch das wohlverstandene Interesse der staatlichen Verwaltungen, die auf Kohlenlieferungen angewiesen sind, einen Damm gegen übermäßige Ausnutzung der Koalition bilden werden. Von solchem Standpunkt aus angesehen dürfte manche der heute gehaltenen Reden über das Ziel hinausgeschossen haben. Die große Gefahr, die in Syndikatsbildungen liegt, haben die Abg. Brömel und Iwalle (vom Zentrum) gut kennzeichnet. Es wird nicht möglich sein, ihre theoretisch wohlgrundeten Ausführungen anders als durch die Praxis zu widerlegen, und diese Widerlegung würden sich die Herren gewiß gern gefallen lassen. Auf der anderen Seite sind die Schwierigkeiten, zu deren Überwindung das Syndikat gegründet sein soll, doch wohl zu krass geschildert worden, und der Abg. v. Eynern wird im Ernst nicht wollen, daß der wohlthätige Regulator der ausländischen Konkurrenz aus der Preisbildung auf dem deutschen Markt völlig herausgenommen werde. Sowohl Sinn und Neigung für die Förderung der einheimischen Industrie, wie die Staatsregierung sie zeigt, kann wirklich genügen, um dieser Industrie die Wege zu ebnen, und ein Mehr an Begünstigung würde nur auf Kosten anderer Erwerbszweige durchführbar sein. Die Staatsregierung hat indefens mehrfach Veranlassung gehabt, sich vor Preistreibereien inländischer Produzenten durch Bestellungen im Auslande zu schützen, und so oft das geschehen ist, war thatshäufig der Beweis erbracht, daß eine ohnehin bedenkliche Macht zu Unrecht ausgenutzt worden war. Die Verhandlung über den Bergwerkssetat berührte außer der Syndikatsfrage noch die Frage des Verhältnisses der Staatsregierung zur sozialdemokratischen Agitation in den fiskalischen Bergwerken. Säzen im Abgeordnetenhaus Sozialdemokraten, so hätte sich an diesen Punkt eine ausführliche und wahrscheinlich sehr gereizte Debatte geknüpft. So aber konnte der Handelsminister, ohne Widerspruch zu finden, als seinen Grundsatz hinstellen, daß der sozialdemokratische Rechtschutzbund mit allen Mitteln bekämpft werden müsse, und daß im Prinzip die Zugehörigkeit von Bergarbeitern zu diesem

Verein mißbilligt und nach Möglichkeit verhindert werde. Dieselben Erklärungen hatte Freiherr v. Verlepsch, wie bekannt, schon im Reichstage abgegeben. — Im Reichstage begann heute die Berathung des Postenats. Wenn die Leidenschaftlichkeit sich noch steigern soll, mit der die Debatte einzog, dann kann es unheimlich interessant werden. Herr von Stephan ist bekanntlich ein sehr strenger Herr, und der von ihm ausgeübte Druck erzeugt naturgemäß den entsprechenden Gegenstand. Besonders sein systematischer Kampf gegen den Postenatsen verbunden hat eine solche Summe von Gereiztheit und und intensivster Verbitterung in seinem Beamtenheere angehäuft, daß die explosionsartigen Reaktionen auch dann nicht wundernehmen können, wenn man sie für übertrieben halten mag. Was der Abg. Böllath heute als Anwalt des Assistentenverbandes vorbrachte, das klingt böse genug, und das Schlimmste daran ist, daß es durch Herrn von Stephan im Grunde gar nicht widerlegt worden ist. Der Staatssekretär im Reichspostamt hat in seiner scharfen Erwiderung Grundsätze für die Führung seines Amtes entwickelt, in die jene beklagenswerten Maßregelungen der Beamtenhaft nur zutrefflich hineinpassen. Selbst wenn Herr von Stephan hundertmal das formale Recht auf seiner Seite hätte, so begreift man nicht, wie ein solcher Mann, der einen der größten Beamtenkörper kommandiert, nicht seine hauptsächlichste Aufmerksamkeit auf die Gewinnung der Untergangenen durch wohlvollendes Entgegenkommen lenken sollte, statt eine Verwaltungspraxis der burokratischsten Strenge durchzuführen.

Freitag Nachmittag stattete der Kaiser in Begleitung des Geheimraths v. Lucanus, des Majors v. Molte und des Kapitäns v. Arnim dem orientalischen Seminar zu Berlin einen Besuch ab. Der Monarch, von Geheimrat Sachau und Professor Gühfeld im festlich geschmückten Vestibül empfangen, hörte 1/2 Stunde Gühfelds Vortrag über die Theorie geographischer Ortsbestimmungen und besichtigte die Präzisionsinstrumente. Darauf wurden die versammelten Lehrkörper, die fremdländischen Dozenten in Nationaltracht dem Kaiser vorgestellt. Nach 1/2 Stundigem Aufenthalt verabschiedete sich der Kaiser mit dem Ausdruck höchster Befriedigung.

Zum Fest des Kaisers auf dem Diner beim Oberpräsidenten von Achenbach bemerkte noch der parlamentarische Korrespondent der „Bresl. Btg.“:

Nach meiner Auffassung bestätigt dieser Toast, daß in den von den Agrarern in letzter Zeit am meisten bestrittenen Punkten von einer Nachgiebigkeit der Regierung nicht die Rede sein kann, weder hinsichtlich eines Zurücktreten von den Verhandlungen mit Russland (wie im Morgenblatt gemeldet), ist dem russischen Botschafter Grafen Schubow inzwischen bereits die deutsche Antwort auf die russischen Vorschläge wegen Abschlusses eines Handelsvertrages übergeben. — (Red.), noch hinsichtlich der Währungsfrage. Andererseits bestätigt es sich aber auch, daß die Regierung noch immer die Hoffnung hegt, die konservativen Kreise auf gütlichem Wege von der Geltendmachung ihrer unerfüllbaren Forderungen zurückzubringen, durch freundliches Zureden zu einer Verständigung mit ihnen zu gelangen. Aber daß diese Erwartung sich erfüllt, halte ich für vollauf ausgeschlossen.

Der Vorsitzende des Deutschen Bauernbundes, Herr v. Plötz, hat einen Aufruf für Hartwig, dem antisemitischen Kandidaten bei der Stichwahl in Liegnitz, erlassen;

28. Posenscher Provinzial-Landtag.

Posen, 3. März.

In der heute stattgefundenen 3. Plenarsitzung nahm die Versammlung von dem Bericht des Landeshauptmanns über das Landarmen- und Korrigendenwesen, Zwangserziehungswesen, Irrenwesen, Verwaltung des Provinzial-Gutes Ossieck, Idiotenpflege, Taubstummen-, Blinden- und Hebammenwesen, sowie über die Gewährung von Stipendien für 3 Seminaristinnen der Königlichen Luisenstiftung die Provinzial-Wittwen- und Waisenfasse und die geführten Prozesse für das Rechnungsjahr 1891/92 sowie über die landwirtschaftliche Unfallversicherung für das Kalenderjahr 1891 Kenntnis.

Die Ausgaben für das Landarmenwesen haben im Ganzen 239 597,21 M., darunter 234 051,44 M. Provinzialzuschuß, für das Korrigendenwesen 81 342,53 M. — Provinzialzuschuß zur Unterhaltung des Arbeits- und Landarmenhäuses zu Kosten — im Ganzen also 320 939,74 M. betragen. Das durch Ankauf von Ländereien vergrößerte Arbeits- und Landarmenhäuse zu Kosten umfaßt 89,47 Hektar, wovon 83,78 Hektar oder rund 335 Morgen bewirtschaftet werden. Das Arbeits- und Landarmenhäuse war innerhalb der Beitragszeit durchschnittlich täglich mit 500 Dettenden und 342 Pfleglingen belegt. Letztere setzen sich zusammen aus landarmen Siedlern, Schwachsinnigen und Blinden, sowie auf Kosten der Provinz aufgenommenen ortsarmen Schwachsinnigen und Blinden und sonstigen ortsarmen Personen, die auf Antrag und auf Kosten von Ortsarmenverbänden Aufnahme gefunden haben. Der Überschuss aus dem Arbeitsbetriebe belief sich auf 95 927,08 M. Die Anstalts-Ländereien sind mit einem Kostenaufwande von 8332 M. vollständig drainirt worden, der Neubau des Direktorialgebäudes hat 21 163,25 M. betragen.

Die Gesamtausgaben der Provinz für das Zwangserziehungswesen haben 40 640,01 M. betragen. Am 31. März 1892 waren im Ganzen 704 Kinder auf Grund antisemitischer Beschlüsse zur Zwangserziehung überwiesen, davon befanden sich in Pflege 401, in der Lehre 82 und im Dienst 221. Von den zur Pflege überwiesenen Kindern waren in Familien 133, in Privatanstalten 70 und in Provinzialanstalten 198 untergebracht.

Für die in den letzten Jahren erfolgte Errichtung der Provinzial-Erziehung-Anstalt Schubin für katholische Knaben mit einem Grundbesitz von 32,33 ha und Cerekwice, Kreis Jarotschin für evangelische Knaben mit 43,46 ha sind aufgewendet worden 116 509,22 bezw. 87 493,3 M., jedoch werden zur weiteren Ausstattung für beide Anstalten noch etwa 37 400 M. erforderlich werden, die auch bereit gestellt wurden.

Die Durchschnittskosten des Unterhalts und der Erziehung eines Böglings berechnen sich auf 156 M. jährlich, wovon die Hälfte vom Staate getragen wird.

Der Provinzial-Zuschuß für die Provinzial-Irren-Anstalt Owińsk, welche mit ihrem 33,19 ha betragenden Areal einen selbständigen Gutsbezirk bildet, belief sich im Berichtsabschnitt auf 113 720,21 M. Die Zahl der Kranken war am 31. März 1892 auf 719 gestiegen, davon 365 Männer und 354 Frauen, dem Religionsbekenntnis nach waren 308 evangelisch, 329 katholisch und 82 jüdisch. Die Aufenthaltszeit in der Anstalt schwankt zwischen 1 Monat und 40 Jahren, das Alter zwischen 20 bis 80 Jahren. Die Durchschnittskosten für einen Kranken betragen innerhalb der Berichtszeit 461,13 M.

Die Anstalt, welche nur für 520 Kränke eingerichtet ist, hat durch den Bau zweier Pavillons für je 40 Kränke und zweier

Baraden für je 20 Krane erweitert werden müssen, die Baulosten hierfür sind auf 172 500 bezw. 45 000 M. veranschlagt, doch werden Erholungsstätten erwartet. Ebenso hat eine Vergrößerung der Koch- und Waschküche stattfinden müssen, in letzterer wird vom Hand- zum Maschinenbetrieb übergegangen.

Das zur Errichtung einer zweiten Irren-Anstalt erworbene, zu einem selbständigen Gutsbezirk vereinigte Gut Dzieslanka bei Gnesen umfaßt 116,59 Hekt. und hat innerhalb des Berichtsabschnitts einen Reinertrag von 6009,81 M. oder eine Verzinsung des Anlagekapitals mit 3,23 prozent ergeben. Der von dem 26. Provinzial-Landtag bewilligte Betriebszuschuß von 50 000 M. ist zum Aufbau von Wirtschaftsgebäuden, Umwähungen, Meliorationen u. s. w. verbraucht worden. Von den Idioten waren 79 schwachsinnige im Arbeits- und Landarmenhaus zu Kosten und 87 jüngere nicht über 20 Jahr alte bildungsfähige im Samariter-Ordensstift zu Graschnitz in Schlesien untergebracht. Für letztere wurden an Unterhaltungskosten an das genannte Stift 20 217,89 M. gezahlt.

Die 130 Freistellen in dem genannten Stift, für welche die Provinz Posen jährlich 240—260 M. zahlt, dürfen in nächster Zeit ganz besetzt werden.

Das Taubstummenwesen erfordert für die mit 161 Kindern belegte Anstalt in Posen 74 312,04 M., für die mit 106 Kindern belegte Anstalt in Schnellemühl 53 454,42 M., für die mit 70 Kindern belegte Anstalt in Bromberg 27 896,49 M. Provinzial-Zuschuß.

Auf dem Grundstück der Provinzial-Taubstummen-Anstalt Posen ist beabsichtigt Vermehrung der Klassenzimmer ein neues Direktorat-Wohngebäude, veranschlagt auf 25 000 M. erbaut, außerdem eine neue Bade-Anstalt für Kalt- und Warmwasser hergerichtet werden. Auf dem Grundstück der Taubstummen-Anstalt Bromberg ist eine Turnhalle mit einem Kostenaufwand von 11 154,19 M. erbaut.

Die Blinden-Anstalt in Bromberg war mit 72 Böglingen belegt, die in 6 Klassen und außerdem gewerblich unterrichtet werden und zwar in der Korbmacherei, Büfftemacherei und weiblichen Handarbeiten.

Der den Böglingen zustehende Arbeitsverdienst für die von ihnen angefertigten Erzeugnisse betrug bei 12½% Proz. des Wertes der Arbeiten 739,27 M.

Durch Errichtung von Verkaufsstellen für die Erzeugnisse der Anstalt hofft man, das Absatzgebiet der Blindenanstalt zu erweitern, um eine Hebung des Arbeitsbetriebes zu erreichen.

Der Bau eines eigenen Verkauflokals der Anstalt in Bromberg hat einen Kostenaufwand von 4 189,65 M. erfordert.

Der Provinzialzuschuß für die Blinden-Anstalt betrug 34 900 Mark.

In der Hebammenanstalt Posen hat im Berichtsabschnitt ein Kursus in polnischer Sprache stattgefunden, welcher von zwanzig Schülerinnen besucht war. Der Provinzialzuschuß betrug 12 301,51 Mark.

Stipendien an Seminaristinnen für je eine evangelische, katholische und jüdische Schülerin der Königlichen Luisenstiftung zu Posen wurden für 1891/92, 1892/93 und 1893/94 in Höhe von je 200 M. für das Rechnungsjahr gewährt.

Die Provinzial-Witwen- und Waisenkasse umfaßt außer den provinzialständischen Beamten 29 Kreisgemeinden, 95 Stadtgemeinden und 2 Korporationen.

Bon den Einnahmen in Höhe von 28 729,95 M. wurden nur 1226,63 M. an Witwen- und Waisengeld gezahlt, sobald 27 503,32 M. dem Reservefonds zugeführt werden können und letzterer bereits 76 963,94 M. beträgt.

Der Posenschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gehörten im Jahre 1891 im Ganzen 102 316 Betriebsunternehmer mit einem zu den Genossenschaftskosten heranzuhaltenden Grundsteuer von 2 153 592,90 M. an.

Einschätzungen wurden 124 371,40 M. Verwaltungskosten 42 743,68 M. gezahlt.

Der Reservefonds war am Schluss des Jahres 1891 auf 36 262,87 M. angewachsen.

Die Versammlung genehmigte ferner, daß die sich etwa auf 160 000 M. befindenden Kosten des Anbaues an das Provinzialständehaus für die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Posen einschließlich der Kosten für die innere Einrichtung definitiv verausgabt werden und eine Verzinsung bezw. Tilgung dieses Baukapitals unterbleibt.

Den in Provinzial-Taubstummen-, Blinden- und Erziehungsanstalten wirkenden Hülfsslehrern kann vom 1. April 1893 ab eine Mietentschädigung von 200 M. für Posen, 180 M. für Bromberg, 150 M. für Schneidemühl und 100 M. für Schubin und Czerwice, sowie in den sonst auf dem platten Lande oder in den Städten der IV. Servitsklasse zu errichtenden Provinzialanstalten gewährt werden.

Von den getroffenen Maßregeln in Bezug auf die Ausführung des Gesetzes über die außerordentliche Armenpflege nimmt die Versammlung mit Besiedlung Kenntnis. Danach wird das Arbeits- und Landarmenhaus zu Kosten vom 1. April 1893 ab als solches aufgelöst und in eine etwa 600 Personen fassende Pflegeanstalt für land- und ortssame Sieche, für ungefährliche Geisteskrankte, Idioten, Epileptiker und nicht ausgebildete Blinde umgewandelt, wodurch auch die Irren-Anstalt Dwinsk entlastet werden kann. Ferner wird in Bojanowo ein Arbeits- und Landarmenhaus für 4—500 männliche Korrigenden, in Fraustadt ein solches für etwa 130 weibliche Korrigenden und in Schrimm ein Landarmenhaus für 300 Landarbeiter einschließlich nicht ausgebildeter Blinder und der Anstaltspflege bedürftiger tauber Personen errichtet. Die erforderlichen Grundstücke und Baulichkeiten sind bereits für alle drei neuen Anstalten für rund 230 000 Mark erworben, die bauliche Einrichtung wird auf etwa 109 000 Mark angenommen. Zur Errichtung eines Blindenheims in Bromberg ist das erforderliche Terrain für rund 40 600 M. angekauft.

Zur vollständigen Durchführung der Unterbringung der Zwangs-Böglinge in provinzialständische Anstalten bezw. zur Errichtung einer 3. Erziehungsanstalt werden 140 000 M. zur Verfügung gestellt.

Für den Bau der 2. Irren-Anstalt Dzieslanka veranschlagt auf 2 858 000 M. werden ebenfalls weitere Mittel zur Verfügung gestellt, auch nimmt die Versammlung davon Kenntnis, daß bereits ein Wirtschaftsgebäude und Wohnhäuser für ruhige Kranken bereits ganz theilweise im Rohbau fertig gestellt und hierfür rund 450 000 M. verausgabt sind, so daß die Anstalt im Notfalle schon im Herbst 1894 theilweise belegt werden kann.

Da in Folge Einführung des Lautsprach-Unterrichtes in den Provinzial-Taubstummen-Anstalten eine ganze Anzahl taubstummer Kinder, welche das 10. Lebensjahr überschritten hatten, von der Aufnahme ausgeschlossen werden mußten, so genehmigte die Versammlung, daß an der Taubstummen-Anstalt Posen und Schneidemühl vom Beginn des Schuljahres 1893/94 an Notkurse für überalterte taubstumme Kinder von 4— bis 5jähriger Dauer eingerichtet werden, damit derartige Kinder für die elementarsten Eindrücke des geistigen und sittlichen Lebens eingemessen empfänglich gemacht, und für das Erwerbsleben, soweit solches den Taubstummen offen steht, vorbereitet werden.

Nach Ablehnung eines Antrages um Gewährung einer Entschädigung für ein getötetes rohkrankes Pferd wird die Sitzung geschlossen und die nächste Plenarversammlung auf Sonnabend, den 4. März er, Vormittags 11 Uhr, anberaumt.

Gleichzeitig wurde mitgetheilt, daß der mit der Inventarisierung

der Kunstdenkmäler der Provinz betraute Regierungsbaumeister Kothe vor dieser Sitzung einen Vortrag über die auf diesem Gebiete gesammelten Erfahrungen unter Vorlage von bereits gefertigten Photographien halten werde.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung widmete der Landtagsmarschall dem jüngst verstorbenen während der Tagung des 27. Provinzial-Landtags noch anwesend gewesenen Stellvertreters des Abgeordneten aus dem Stande der Ritterschaft für die Kreise Koschmin und Krotoschin, Rittergutsbesitzer Franz v. Chelfkowksi auf Starzygrod einen warmen Nachruß.

Die Versammlung ehrte das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Blättern.

Lokales.

Posen, 4. März.

p. Von der Warthe. Das Wasser ist in der Nacht auf 3,96 Meter über Null gestiegen und hat in Folge dessen die Sandstraße zum größten Theil überschwemmt. Auch auf der Schifferstraße und am Kleemannschen Wallwerk und in dem unteren Theil der Fischerei, sowie in den niedriger gelegenen Gassen der Wallische beginnt das Wasser in die Häuser zu treten. Das Schlachthaus an der Schifferstraße ist derartig überflutet, daß es nicht mehr betreten werden kann. Aus Bogorzelice wird glücklicherweise fortgesetztes Fallen des Wassers gemeldet.

* Personalien. Dem Landrichter Matthaei in Gnesen ist der Charakter als Landgerichtsrath, den Amtsrichtern Laermann in Birnbaum, Springer in Tremesien und Eberhard in Nakel der Charakter als Amtsgerichtsrath verliehen. Der Rechtsanwalt Voroch in Bromberg ist zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bromberg ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Kiel, 3. März. Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung des Regierungspräsidenten, wonach die für Südtirol erlassenen Verbote der Einfuhr und Durchfuhr von Wiederläufern, Schweinen, Fellen, frischen Hörnern und Klauen, unbearbeiteter Wolle, sowie von Haaren und Vorsten auf ganz Dänemark ausgedehnt wird.

Wien, 3. März. Bei dem Botchafter Prinzen Reuß und Gemahlin fand gestern eine glänzende Soirée statt. Derselben wohnten die Erzherzogin Stephanie, Erzherzog Karl Ludwig und Gemahlin, die Erzherzöge Ferdinand Karl und Ludwig Victor, die Hofwürdenträger, Minister Graf Kalnoky, Kardinal Galimberti, das diplomatische Corps, Minister Dr. Steinbach, der Statthalter Graf Kielmannsegg, Admiral von Sternedt, mehrere Generäle, Mitglieder der Aristokratie, die hohe Beamtenwelt und der Bürgermeister bei.

Wien, 2. März. Prinz Ferdinand von Bulgarien ist Abends 9 Uhr 55 Min. mit dem Orient-Expreßzuge nach Sofia abgereist.

Reichenberg, 3. März. In einer Versammlung der Gläserarbeiter wurde beschlossen, am 6. d. M. in den Ausstand einzutreten. Der Ausstand gilt allgemein als aussichtslos.

Pest, 3. März. [Abgeordnetenhaus.] Der Minister für Ackerbau stellte in der heutigen Sitzung ein größeres amortistbares Anlehen in Aussicht zur Belebung der Regulierung von Donau und Theiß. Dasselbe soll aber erst nach Durchführung der Valuta-Regulierung und der Konversionoperationen, wahrscheinlich im nächsten Frühjahr aufgenommen werden.

Pest, 3. März. Das Abgeordnetenhaus stimmt der Erhöhung der Diäten der Abgeordneten auf jährlich 2400 Gulden und 800 Gulden Wohnungsgelder zu.

Pest, 2. März. Die Bischofskonferenz verhandelte heute über den die Zivilheir betreffenden Theil des Memorandums und sprach sich entschieden gegen die Einführung der Zivilheir aus.

Kopenhagen, 3. März. Der in der vergangenen Nacht und heute Vormittag herrschende starke Nordoststurm treibt das Sundes schnell südwärts, so daß die gestern durch das Eis gebrochene Bassae Helsingør-Kopenhagen wieder unpassierbar ist.

Christiania, 3. März. Die Eisschlockade des Christianslund-Jords kann gegenwärtig für große Dampfer als aufgehoben betrachtet werden.

Rom, 3. März. Die Kammer genehmigte in geheimer Abstimmung mit 143 gegen 112 Stimmen die Schiffspost-Konventionen.

Rom, 3. März. Der Papst las anlässlich des Jahrestages seiner Krönung in der Sixtinischen Kapelle eine Messe, welcher die in Rom anwesenden Erzbischöfe, Bischöfe und die außerordentlichen Gefandten beiwohnten. Das Befinden des Papstes ist ein gutes.

Paris, 3. März. Die Panama-Enquete-Kommission wird am Montag den vorläufigen Bericht Brissons entgegennehmen, welcher die allgemeinen, aus der Untersuchung sich ergebenden Schlüssefolgerungen entwickeln wird.

Havre, 3. März. Der deutsche Dampfer "Allemannia", der seit einigen Tagen erwartet wurde, ist heute auf der hiesigen Rhede eingetroffen. Bekanntlich ist es zwischen dem Kapitän der "Allemannia" und dem Kommandanten Servain von dem französischen Dampfer "Canada" in La Guayra zu einem Konflikt gekommen. Servain erwartete nur das Eintreffen der "Allemannia", um dem Kapitän derselben seine Zeugen zu senden.

Bordeaux, 2. März. Heute begann vor dem Schwurgericht der Prozeß des Deputirten Raynal gegen den früheren Administrator der "République française", Denayrouse, welcher in der "Cocarde" Raynal bezichtigt hatte, von dem "Crédit foncier" 300 000 Frs. für die "République française" verlangt zu haben. Nachdem Raynal und eine Anzahl Zeugen verhört worden waren, wurde die weitere Verhandlung auf morgen vertagt.

Madrid, 3. März. Nach amtlicher Bekanntmachung sind die Herkünfte aus Hamburg wieder zum freien Verkehr zugelassen.

London, 3. März. [Unterhause.] Der Parlaments-Unterstaatssekretär des Auswärtigen Greb erklärte, daß die Konvention betreffs der Zuckerprämien von keiner Macht ratifiziert worden und nicht in Kraft getreten sei. Die deutsche und belgische Regierung hätten Maßregeln getroffen, um bis zu einem gewissen Grade den Zweck des ersten Artikels der Konvention zu erreichen.

London, 2. März. Das Oberhaus nahm die erste Lesung der vom Bischof von Chester beantragten, auf dem Gothen-

burger System beruhenden Bill betreffend den Kleinhandel mit geistigen Getränken an. Der Lordpräsident des Geheimen Rates Earl of Kimberley erklärte, die Vorlage scheine eine der besten Methoden zur Behandlung des Gegenstandes zu bieten, er wolle indeß den Wortlaut der Vorlage abwarten, ehe er endgültig über die Bill und deren Einzelheiten urtheile, obschon das Projekt eine Erleichterung des bestehenden Uebels zu verheissen scheine.

London, 3. März. Der Premierminister Gladstone empfing heute Nachmittag eine Deputation von 70 Personen, darunter die Parlaments-Mitglieder Pickard, Dilke, Burns, Tillet, Wilfrid Lawson und andere. Es wurden mehrere Reden gehalten, in denen die Opportunität und die Nothwendigkeit der Einführung des gesetzlichen Achtstundentages betont wurde. Gladstone erwiederte, die Regierung könne in dieser Angelegenheit nichts thun, bis unter den Arbeitern selbst eine größere Einmütigkeit über diese Frage bestehé, aber sie würde sich der Einbringung eines Gesetzentwurfes, betreffend den Achtstundentag, nicht widersetzen.

London, 3. März. Nach einer Meldung der "Times" aus Philadelphia hat der Senat das Amendement, betreffend die Emission von 3prozentigen Obligationen, zurückgezogen; das gegenwärtige Gesetz ermächtigt zur Emission von 4prozentigen Obligationen, welche die neue Verwaltung wahrscheinlich bald vornehmen wird.

Belgrad, 3. März. Die auswärts verbreiteten Nachrichten über die Nichtausfolgung von Wählerkarten werden von maßgebender Seite dahin richtig gestellt, daß die Maßregel nur gegenüber Wählern angewendet worden sei, welche mit der Entrichtung ihrer Steuern rückständig sind. Im Allgemeinen seien bisher mehr Wählerkarten verabschiedet worden, als bei den letzten Wahlen. Etwaige Beschwerden suche der Minister des Innern nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Bukarest, 2. März. Nach den Gerüchten, welche heute in Deputirtenkreisen verbreitet waren, hätte der Primas von Rumänien aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung gebeten.

Sofia, 4. März. Prinz Ferdinand ist gestern Abend hier eingetroffen. Die Stadt ist glänzend beflaggt und illuminiert. Von der Bevölkerung wurde der Prinz begeistert begrüßt.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduc'd in mm. Stund'e 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter. t. Ges. Gra.
3 Nachm.	751,5	NW frisch	bedeckt + 2,0
3. Abends	759,6	NW mäßig	bedeckt 1,0 + 0,8
4. Morgs.	767,8	NNW mäßig	heiter 2,0 - 2,5
*) Am Tage öfter Regen und Schnee. *)			Früh Reif.
Am 3. März	Wärme-Maximum + 7,0° Cels.		
Am 3.	Wärme-Minimum + 0,8°		

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 3. März Morgens 3,88 Meter
= 3. Mittags 3,88 =
= 4. Abends 3,96 =

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 3. März (Schlußkurse.) Schwankend, Schluß schwach.

Neue Proz. Reichsaalethe 87,90, 3½ prozent. L.-Pfanddr. 98,80, Konsol. Türk. 22,05. Türk. Loos 94,50, 4prozent. Golbreite 97,50. Bresl. Diskontobank 99,25. Breslauer Wechslerbank 98,00, Kreditattalen 183,50. Schles. Bankverein 117,5. Donnersmarckhütte 91,00. Flöther Maschinenbau —. Radowitzer Altien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 124,25. Obercole. Eisenbahn 54,00. Oberschles. Cement 91,00. Schles. Cement 72,00. Schles. Cement 125,00. Oppeln. Cement 91,00. Schles. Cement 134,50. Schles. Binfattien 181,00. Laurahütte 106,90. Verein. Oelsfabr. 91,50. Österreich. Banknoten 168,55. Russ. Banknoten 214,75. Gleicel cement 79,00 4prozent. Ungarische Kronenanleihe 94,60.

Buenos-Aires, 2. März. Goldbagio 218,00.

Produktionskurse.

Köln, 3. März. (Getreidemarkt.) Weizen lot

ver. Körbchen 5,60 Gd., 5,62 Br. Mais ver. Mai-Juni 4,72 Gd., 4,73 Br. Kohlraps ver. August: Sept. 11,80 Gd., 11,85 Br. — Trübe.

Paris. 3. März. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen ruhig, p. März 21,40, p. April 21,70, p. Mai-Juni 22,00, p. Mai-August 22,10. — Roggen ruhig, der März 13,90, ver. Mai-August 14,20. — Mehl ruhig, ver. März 47,50, ver. April 47,70, p. März-Juni 48,10, ver. Mai-August 48,50. — Rübel ruhig, ver. März 59,00, ver. April 59,25, ver. Mai-August 60,25, p. Sept.-Dez. 60,50. — Spiritus ruhig, ver. März 47,50, ver. April 47,75, p. Mai-August 47,50, ver. Sept.-Dez. 43,75. — Wetter: Mild.

Paris. 3. März. (Schluß.) Rohzucker beh. 88 Proz. loko 38,20 à 38,50. Weißer Zucker beh. Mrt. 3, per 100 Kilogramm per März 40,25, ver. April 40,50, ver. Mai-August 41,00, per Ott.-Dez. 36,75.

Petersburg. 3. März. Probultenmarkt. Talg loko 60,00, ver. August —, Weizen loko 11,50, Roggen loko 8,30, Hafer loko 5,10, Hans loko 52,00, Leinzaat loko 15,25. — Wetter: Feist.

Havre. 3. März. Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Biegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß unverändert.

Mit 7,000 Sac. Santos 8,000 Sac Rezeptes für gestern.

Havre. 3. März. Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Biegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 105,75, ver. Mai 103,50, p. Sept. 103,25. Ruhig.

Amsterdam. 3. März. Vancazinn 55%.

Amsterdam. 3. März. Java-Kaffee good ordinary 55.

Amsterdam. 3. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unv., per März 169, per Mai 173. Roggen loko geschäftsl. do. auf Termine steigend, per März 182, p. Mai 128. — Rübel loko 27%, ver. Mai 26%, do. per Herbst 26%.

Antwerpen. 3. März. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen ruhig. Hafer fest. Gerste flau.

Antwerpen. 3. März. (Telegr. der Herren Wilkens und Co.) Wolle. V. Blata-Bug, Type B, März 4,57%, August 4,70. Verkäufer.

Antwerpen. 3. März. Petroleummarkt (Schlußbericht). Kaffinries Type weiß loko 12% bez. und Br. per Febr. 12% Br., p. März-April 12%, Br. ver. Sept.-Dez. 12% Br. Fest.

London. 2. März. 96 Gt. Javazucker loko 16%, ruhig, Rüben-Rohzucker loko 14% ruhig. Wetter: —.

London. 3. März. Chilli-Kupfer 45%, per 3 Monat 45%.

London. 3. März. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten.

— Wetter: Kälter.

Glasgow. 3. März. Nobelsen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 40 ih. 6 d.

Glasgow. 3. März. Die Vorräthe von Nobelsen in den Stores belaufen sich auf 350 780 Tons gegen 500 901 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 66 gegen 78 im vorigen Jahre.

London. 3. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, fremder aber stetiger, Amerikanischer ca. 1/4 ih. höher, Mehl geschäftslös, Mais mitunter 1/4 ih. höher bezahlt, Gerste ruhig, Hafer stetig, schwedischer und gothenburger 1/4 ih. niedriger. Angetommene Weizenladungen stetig, kalifornischer 27% Geld. — Wetter: Kälter.

Liverpool. 3. März. Getreidemarkt. Weizen 1/2 b., ca. 2 d. höher, Mehl fest. — Wetter: Schön.

Liverpool. 3. März. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 6000 Ball., davon für Spekulation und Export 500 Ball. Unverändert.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 45%, Mai-Juni 42%, Juli-August 46%, Sept.-Okt. 47%. Alles Verkaufserpreise.

Liverpool. 3. März. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 6000 Ball., davon für Spekulation und Export 500 Ball. Ruhiger.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 47%, Käuferpreis, April-May 47%, Verkaufserpreis, Mai-Juni 47%, Käuferpreis, April-May 47%, Verkaufserpreis, Mai-Juni 47%, Käuferpreis,

Juni-Juli 45%, Verkaufserpreis, Juli-August 45%, Wertz. August-September 45%, Käuferpreis, Sept.-Okt. 45%, do. Ott.-Nov. 47%, do. do.

Liverpool. 3. März. (Baumwollen-Wochenbericht.) Wochenumfang 33 000 B., do. von amerikanisch. 28 000 B., do. für Spekulation —, B., do. für Export 3 000 B., do. für wirtl. Konsum 25 000 B., dessgl. unmittelbar ex. Schiff 47 000, wirtl. Export 9 000 B., Import der Woche 63 000 B., davon amerikanische 45 000 B., vorrath 1 659 000 B., davon amerikanische 1 410 000 schwimmend nach Großbritannien 100 000 B., davon amerikanische 90 000 Ballen.

Newyork. 2. März. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9%, do. in New-Orleans 8%. Raiss. Petroleum Standard white in New-York 5,30, do. Standard white in Philadelphia 5,25 Gd. Hohes Petroleum in New-York 5,55, do. Pipeline Certififates, pr. April 64%. Stettg. Schmalz loko 13,15, do. Rohe u. Brothers 13,45. Zucker (Fair refining Muscovad) 3. Mais (New) p. März 53%, p. Mai 51%, p. Juli 51%. Rother Winterweizen loko 79%. Kaffee Rio Nr. 7, 18. Mehl (Spring clears) 2,65. Getreidefracht 1 1/2. — Kupfer 11,85—12,00. Rother Weizen per März 77%, per April 79, per Mai 80%, per Juli 82. Kaffee Nr. 7 low ord. p. April 16,95, p. Juni 16,70.

Chicago. 2. März. Weizen per März. 74%, ver. Mai 77%, Mais ver. März 41%. Spec short clear 10,62 1/2. Pork ver. März 18,57%.

Newyork. 3. März. Weizen pr. März 77%, C. pr. April 78%. C.

Berlin. 4. März. Wetter: Kälter.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin. 3. März. Die heutige Börse eröffnete in mäßig fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten, zum Theil aber etwas abgeschwächten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen weniger günstig, gewannen aber hier keinen bemerkenswerthen Einfluß auf die Stimmung. Im weiteren Verlauf des Verkehrs trat ziemlich allgemein eine Befestigung der Haltung hervor, doch machte sich später aufs Neue eine Abschwächung geltend und die Kurse erfuhren unter Schwankungen kleine Rückgänge. Das Geschäft entwidete sich hier Anfangs ruhig, gestaltete sich aber später auf einzelnen Gebieten ziemlich belangreich. Der Kapitalmarkt zeigte feste Gesamthaltung für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umsätzen. Deutsche Reichs- und Preußische Consol. Anleihen ziemlich behauptet, 3 proz. geringfügig abgeschwächt. Fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Wertehalt in allgemeinen behaupten; Italiener schwach, Russische Anleihe wenig verändert, Rubbelnoten fast Mexikaner schwächer. Der Privatdiskont wurde mit 1 1/2 Proz. notirt. Auf internationalem Gebiet gingen Oeffter. Kreditaktien unter kleinen Schwankungen möglich lebhaft um; Bombarden waren abgeschwächt, andere österreichische Bahnen behauptet, Gotthardbahn und andere Schweizerische Bahnen ziemlich fest, schließlich etwas abgeschwächt. Inländische Eisenbahnen verkehrten in starker Haltung ruhig, Lübeck-Büchen etwas höher. Bankaktien in den Kassawerthen ziemlich fest, aber ruhig; die spekulativen Hauptbevölkerungen etwas lebhafter, aber schwächer, namentlich Diskonto-Kommandit-, Berliner Handelsgeellschafts-Anteile und Aktien der Darmstädter Bank; Aktien der Deutschen Bank ziemlich behauptet. Industriepapiere zumeist fest, aber ruhig; Schiffsaktien steigend. Montanwerthe unter Schwankungen etwas nachgebend; Laurahütte und Dortmunder Union St.-Pr. fester.

Produkten-Börse.

Berlin. 3. März. In Newyork war der Weizen gestern auf die Ablehnung der gegen den Terminhandel gerichteten Anti-Option-Bill in starker Haltung; die Preise stiegen um 1%—1%. C. An der heutigen Getreidebörsen war die Haltung in Folge dieser Nachricht und auf das ältere Wetter sehr fest. In Weizen blieb das Geschäft aber sehr gering; die um 1/4 ih. höher einsetzenden Preise konnten sich später nicht ganz behaupten. Roggen in ziemlich leb-

haftem Verkehr; die Preise setzten 1 1/4 ih. höher ein, büßten später aber die Hälfte des Aufschlags ein. Hafer bei stillsem Geschäft auf Deckungen 1 ih. höher. Rübel in mäßigen Umsätzen zu behaupteten Preisen. In Spiritus seichten Termine matt und niedriger ein; da aber die Volumenzahl von Fabrikanten und für Hamburger Rechnung zu um 10 Pfennig höheren Preisen Aufnahme fand, konnte die Einbuße wieder eingeholt werden.

Wetzeln (mit Auschluß von Haubweizen) per 1000 Kilogr. Volo still. Termine höher. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Volo 140—156 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 150 M., per dieser Monat —, per März-April 153,5 bez., per April-May 154,5—154 bez., per Mai-Juni 155,75—155,5 bez., per Juli-Juli 157,5—157 bez., per Juli-August 158,5—158,5 bez., per Sept.-Okt. 160—159,75 bez.

Roggen per 1000 Kilogr. Volo schwaches Angebot. Termine höher. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Volo 124—134 M. nach Qual. Lieferungsqualität 130 M. inländischer guter 130—130,5 M. per diesen Monat —, per März-April —, per April-May 134,75—133,75—134 bez., per Mai-Juni 136,25—135,5 bez., per Juli-Juli 137,25—136,75 bez., per Juli-August 138,25—137,75 bez.

Gerste per 1000 Kilogr. Fester. Große und kleine 138 bis 175, Futtergerste 115—135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogr. Volo behauptet. Termine höher. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Volo 139—157 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 141 M. Preußischer und preußischer mittel bis guter 110—143 bez., feiner 144—148 bez., schlesischer mittel bis guter 141—144 bez., feiner 145—149 bez., per diesen Monat —, per März-April —, per April-May 141,75 bez., per Mai-Juni 142—142,5 bez., per Juli-Juli 142,75 bez.

Mais per 1000 Kilogr. Volo unverändert. Termine wenig verändert. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Volo 113—126 M. nach Qual. per diesen Monat —, per Mai-Juni 108,5 bez., per Juli-Juli —, per Sept.-Okt. —.

Erbse per 1000 Kilogr. Kochware 160—205 M. nach Qual. Futterware 137—149 M. nach Qualität.

Roggen mehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sac. Termine höher. Gefündigt — Sac. Kündigungspreis — M. per diesen Monat 17,5 bez., per April-May 17,6 bez., per Mai-Juni 17,75 bez., per Juli-Juli 17,90 bez.

Trockene Kartoffelfäste p. 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 19,75 M. Feuchte Kartoffelfäste p. 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 10,60 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 19,75 M.

Rübel per 100 Kilogr. mit Fas. Still. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Volo mit Fas. — M. ohne Fas. — M. per diesen Monat 52 M. per April-May 52 M. per Mai-Juni 52 M. per Sept.-Okt. 52,1 M.

Petroleum ohne Handel.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —. Kündigungspreis — M. Volo ohne Fas. 54,1 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Liter-Kündigungspreis — Volo ohne Fas. 34,4—34,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Wenig verändert. Gefündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Volo mit Fas. —, per diesen Monat 33,3—33,2—33,4 bez., per April-May 33,7—33,5—33,8—33,7 bez., per Mai-Juni 33,9—33,8—34 bez., per Juli-Juli —, per Juli-August —, per August-Sept. 35,5—35,2—35,6—35,5 bezahlt.

Weizenmehl Nr. 00 21,75—19,75 bez., Nr. 0 19,50—17,50 bez. Seine Marken über Rottig bezahlt.

Roggen mehl Nr. 0 u. 1 17,75—16,75 bez., do. seine Marken Nr. 0 u. 1 18,75—17,75 bez., Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sac.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Dol. — 4 1/2 M. 100 Ruh. = 320 M. 1 Gulden österr. 2 M. 7 Gulden südd. W. — 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf. 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 P.

Bank-Diskonto Wechselv. 3. Mär. z.	Brnsch. 20 T.L.	— 104,10 bz	Schw. Hyp.-Pf. 4 1/2	102,60 bz	Wrsch.-Teres. 5	102,50 bz	Baltische gar. ... 5	do. do. VI. (rz. 110)	4 1/2	Bauges. Humb. ... 6	128,10 G.
Amsterdam... 21/2	8 T.	169,30 B.	Cöln-M. Pr.-A.	3 1/2	134,00 bz	Wrsch.-Gld.-Pfd. 5	89,00 G.	Gr. Russ. Eis. g	3	79,90 bz	Moabit ... 8
London ... 3 1/2	8 T.	20,44 B.	Dess. Präm.-A.	3 1/2	do. Rente ... 5	80,30 bz G.	do. neue 85	79,75 bz G.	do. (rz. 100)	4 1/2	73,25 bz G.
Paris ... 2 1/2	8 T.	81,20 G.	Ham.-50 T.L.	3 1/2	136,90 G.	Stockh.-Pf. 85.	102,70 bz	Ivanov.-Domb.-Gr. 4 1/2	104,20 bz G.	Passage ... 3 1/2	
Wien ... 4	8 T.	168,60 B.	Mein. 7 Guld.-L.	3 1/2	129,50 bz	do. St.-An. 85	102,00 B.	do. (rz. 100)	3 1/2	U. d. Linden ... 0	
Petersburg... 4 1/2	3	3W. 215,00 G.	Oldenb. Loose 3	127,30 bz B.	Span. Schuld. 4	64,50 B.	Ital. Mittelm.-B.	103,10 bz	93,20 bz	U. d. Lind. ... 0	
Warschau ... 4 1/2	8 T.	215,10									